



Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 13/2010 • 02. Juli 2010

Thema der Woche

Bundespräsident Christian Wulff Bisheriger Ministerpräsident Niedersachsens zum Staatsoberhaupt gewählt

In dieser Woche trat die Bundesversammlung, die größte parlamentarische Versammlung der Bundesrepublik Deutschland, zum 14. Mal zusammen. Ihre einzige Aufgabe besteht darin, den Bundespräsidenten beziehungsweise die Bundespräsidentin zu wählen. Die Versammlung tritt in der Regel nur alle fünf Jahre im Reichstagsgebäude zusammen, es sei denn, die Amtszeit des Bundespräsidenten endet vorzeitig. Die Bundesversammlung wird vom Bundestagspräsidenten einberufen. Er bestimmt Ort und Zeit und ist auch für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Versammlung zuständig. Laut Grundgesetz muss die Bundesversammlung spätestens 30 Tage vor dem Ende der Amtszeit des Bundespräsidenten zusammenkommen. Die Bundesversammlung besteht aus allen Bundestagsabgeordneten und der gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Sie umfasst in der 17. Wahlperiode also 1.244 Mitglieder (622 Bundestagsabgeordnete und 622 von den Landesparlamenten bestimmte Mitglieder). Wie viele Vertreter die einzelnen Länder in die Bundesversammlung entsenden dürfen, errechnet sich anhand ihrer Bevölkerungszahlen. Nach dem Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten am 31. Mai dieses Jahres mit sofortiger Wirkung war die Einberufung der Bundesversammlung durch den Bundestagspräsidenten nötig geworden. In seiner Ansprache zur Eröffnung der Bundesversammlung erklärte der Bundestagspräsident Norbert Lammert dazu: "Diese Bundesversammlung findet statt, weil der Bundespräsident sein Amt niedergelegt hat, mit sofortiger Wirkung - ein in der Geschichte der Bundesrepublik, ja in der Demokratiegeschichte unseres Landes einmaliger Vorgang.", sagte Lammert. "Diese Entscheidung und ihre Gründe haben wir zu respektieren, auch wenn viele von uns sie noch immer nicht wirklich verstehen können."

Im Anschluss an die Eröffnungsrede Lammerts trat die Bundesversammlung in den ersten Wahlgang ein. Nach mehr als neunstündiger Dauer der 14. Bundesversammlung erhielt der von Union und FDP für das Amt des Bundespräsidenten nominierte Kandidat, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, im dritten Wahlgang 625 von 1.242 abgegebenen Stimmen und wurde damit zum zehnten Bundespräsidenten gewählt. Auf den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und späteren Beauftragten für die Stasi-Unterlagen Joachim Gauck entfielen in diesem Wahlgang 494 Stimmen. Es gab 121 Enthaltungen, zwei Stimmen waren ungültig. Christian Wulff schaffte im dritten Wahlgang die absolute Mehrheit von mindestens 623 Stimmen. Vor der Annahme der Wahl erklärte er seinen sofortigen Rücktritt vom Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten. Er nehme die Wahl "außerordentlich gerne und aus Überzeugung" an und freue sich auf die verantwortungsvolle Aufgabe, erklärte er. Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag gratulierte dem neuen Bundespräsidenten. Zur Wahl von Christian Wulff erklärte der Landesgruppenvorsitzende Thomas Strobl: "Wir gratulieren Christian Wulff sehr herzlich zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten. Ich bin mir sicher, dass er seine neue Aufgabe hervorragend erfüllen und ein erstklassiges Staatsoberhaupt sein wird, und wünsche ihm von Herzen alles Gute und Gottes Segen." Selbstverständlich hätte es der Berliner Regierungskoalition gut getan, wenn Herr Wulff bereits im ersten Wahlgang gewählt worden wäre. Entscheidend ist aber das Ergebnis, das am Ende des Tages steht – und das heißt: Der Kandidat der bürgerlichen Koalition hat sich durchgesetzt. Es ist jetzt die Aufgabe der Bundesregierung und der bürgerlichen Koalition, durch gute Arbeit in den wichtigen Sachfragen das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen.

Aus Plenum und Lobby

Aufschwung trägt sich selbst

Vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunkturprognosen gab Bundesminister Rainer Brüderle an diesem Donnerstag eine Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Entwicklung ab. In der konjunkturellen Belebung in Deutschland mit sinkenden Arbeitslosenzahlen und wieder wachsenden Exporten sieht die Bundesregierung ein "ermutigendes Signal". Deutschland habe die besten Aussichten auf einen dauerhaften Aufschwung, bilanzierte der Bundeswirtschaftsminister. Auch der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs gab sich überzeugt, dass die Folgen der Krise von der Bundesregierung und der Koalition gut gemeistert wurden. Er zog in der Debatte nach der Regierungserklärung - ähnlich wie Brüderle - eine positive Bilanz der Krisenbewältigung. Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass sich in der zweiten Jahreshälfte der Aufschwung eher verstetigen würde, sagte Fuchs. Aus diesem Grund müsse nun "Schluss sein mit Keynes", forderte er. Nun, nach dem Ende der Krise, sei es nötig, Ausgaben zu reduzieren. Dabei werde es sozialverträglich zugehen: Im Sozialetat werde unterdurchschnittlich gespart, sagte der Fraktionsvize: 55 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushalts seien Sozialausgaben, der entsprechende Anteil am Sparpaket der Bundesregierung betrage jedoch nur 30 Prozent. Ausdrücklich verteidigte er die Änderungen beim Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger als richtig, da es sich um eine Lohnersatzleistung handle. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion und Waiblinger Abgeordnete, Joachim Pfeiffer, wies darauf hin, dass der Aufschwung sich inzwischen selbst trage, nachdem die Wirtschaft zuvor mit den Konjunkturprogrammen stimuliert wurde. Pfeiffer kündigte weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung an, um den Mittelstand zu entlasten. In der Energiepolitik sprach er sich für eine sinnvolle Förderung der erneuerbaren Energien und eine substanzielle Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken aus. In der vergangenen Woche hatten mehrere Forschungsinstitute ihre Prognosen für die deutsche Wirtschaft nach oben korrigiert. Dieser Einschätzung schloss sich jetzt auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin an. Nach jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung die Zahl der Arbeitslosen im Juni im Vergleich zum Vormonat um 88.000 auf 3,153 Millionen gesunken.

Verbot von Leerverkäufen

An diesem Freitag verabschiedete der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung das „Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte“. Zukünftig werden ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien, ungedeckte Leerverkäufe von Staatsschuldtiteln der Eurozone und Kreditderivate (CDS) auf Staatsschuldtitel der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen, verboten.

CDU/CSU und FDP ziehen mit diesem Gesetz zügig Schlussfolgerungen aus der Finanz- und Eurokrise. Mit einer zusätzlichen erhöhten Markttransparenz durch niedrige Meldeschwellen wird der Druck auf rein spekulative Investoren erhöht. Versuche, Sand ins Getriebe der Finanzmärkte durch Leerverkäufe zu streuen, wird es in Zukunft nicht mehr geben können. Risiken aus Geschäften, die in Extremsituationen zu Turbulenzen beitragen, werden effektiv beschränkt. Mit dem Gesetz wird Deutschland zugleich Vorreiter in Europa und Vorbild für weitere internationale Maßnahmen. CDU/CSU und FDP beweisen wieder einmal ihre Handlungsfähigkeit im Bereich der Finanzmärkte.

Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses

In dieser Woche legte der Petitionsausschuss seinen Bericht über Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag „Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages im Jahr 2009“ vor. Im Jahr 2009 sind knapp 19.000 Eingaben und Petitionen beim Deutschen Bundestag eingegangen, davon rund 6.700 auf elektronischem Wege. Einschließlich übergebener Unterschriftenlisten und elektronischer Mitzeichnungen bei öffentlichen Petitionen wandten sich 2009 knapp zwei Millionen Menschen an den Petitionsausschuss. Auf seiner Homepage registrierten sich mehr als 500.000 Personen, um Petitionen zu unterstützen, Beiträge im Diskussionsforum zu erstellen oder um Petitionen einzureichen. Mit rund 58.000 Diskussionsbeiträgen wurden 2009 mehr als doppelt so viele Beiträge verfasst wie in den drei vorangegangenen Jahren zusammen.

Daten und Fakten

Unternehmen sind optimistisch – Aufschwung gewinnt an Fahrt:

Die deutschen Unternehmen schätzen ihre aktuelle Geschäftssituation im Juni zum vierten Mal in Folge besser ein als noch im Vormonat. Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist damit im Juni auf 101,8 Punkte gestiegen. Nach einer neuen Prognose der Bundesbank wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich um zwei Prozent wachsen. Aufgrund sehr guter Exportmöglichkeiten beabsichtigen unsere Unternehmen, ihre Mitarbeiterzahl nahezu unverändert beizubehalten. Die Dienstleistungsbranche plant sogar, Beschäftigung aufzubauen. Die Entwicklung des Geschäftsklimaindex und die Prognose der Bundesbank belegen eindrucksvoll, dass wir mit unseren Konjunkturprogrammen, dem Deutschlandfonds und einer soliden Finanzpolitik den richtigen Weg eingeschlagen haben.

(Quellen: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung und Deutsche Bundesbank)

Durchschnittliche Arbeitszeit nimmt wieder zu:

Im ersten Quartal 2010 hat die durchschnittliche Arbeitszeit erstmals seit Beginn der großen Rezession wieder spürbar zugenommen: In den Monaten Januar - März lag sie mit 358,5 Arbeitsstunden um 4,5 Stunden oder 1,3 Prozent höher als noch im Jahr zuvor. Seine Ursache hat dieser Anstieg insbesondere in der sinkenden Zahl der Kurzarbeiter und in einem steigenden Anfall an Überstunden. So ging die Zahl der Kurzarbeiter im Monatsdurch-

schnitt des ersten Quartals um rund 50.000 Personen auf 933.000 zurück, während die Zahl der wöchentlich geleisteten bezahlten Überstunden um 0,15 gegenüber dem Vorjahr stieg.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung)

Deutsche Tarifsteigerungen höher als in Frankreich:

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft sind im Jahr 2009 gegenüber 2008 in Deutschland durchschnittlich um 2,7 Prozent und in Frankreich um 2,2 Prozent gestiegen. Größere Unterschiede gibt es in den einzelnen Wirtschaftszweigen. So wiesen die tariflichen Monatsgehälter im Bereich „Energie-, Wasserversorgung und Versorgungswirtschaft“ mit 3,3 Prozent die höchsten und in Frankreich mit 1,5 Prozent die niedrigsten Steigerungen auf. Auch in den Wirtschaftszweigen Verarbeitendes Gewerbe (Deutschland: + 3,0 Prozent; Frankreich: + 2,2 Prozent) sowie Verkehr und Lagerei (Deutschland: + 2,8 Prozent; Frankreich: + 2,0 Prozent) lag der Anstieg der Tarifverdienste in Deutschland über dem in Frankreich. Deutlich geringer als in Frankreich stiegen die Tarifverdienste in Deutschland nur im Gastgewerbe (Deutschland: + 1,3 Prozent; Frankreich: + 2,5 Prozent) sowie im Bereich „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (Deutschland: + 1,0 Prozent; Frankreich: + 2,5 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Zitat

«Niemand von uns steht unter Denkmalschutz. Weder die Parlamente noch die Regierungen, nicht einmal das Staatsoberhaupt. Kritik muss sein!»

(Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner Eröffnungsansprache zur 14. Bundesversammlung am Mittwoch im Deutschen Bundestag)

Aus der Region

Aufschwung der Konjunktur ist Motor für den Arbeitsmarkt

Der Aufschwung der Konjunktur wird auch immer stärker zu einem Motor mit Lauflaufqualitäten für den Arbeitsmarkt. Diese positive Entwicklung mit dem landesweiten Bestwert der Arbeitslosenquote von 3,4 Prozent im Landkreis Ravensburg ist auch das Ergebnis der unionsgeführten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zur Überwindung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Und die wirtschaftlichen Vorzeichen stehen für das zweite Halbjahr durchaus positiv.

Ich sehe aufgrund der wirtschaftlichen Erholung gute Chancen, in diesem Jahr im Landkreis Ravensburg bei der Arbeitslosigkeit unter die Drei-Prozent-Marke zu rutschen, was dann einer Vollbeschäftigung gleich käme. Dafür danke ich vor allem allen Familien- und Mittelstands-betrieben in der Region, die trotz schwieriger Lage in den letzten Monaten an eine Besserung geglaubt und an ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festgehalten haben. Auch die Programme der Bundesregierung haben gewirkt. Das gilt für die Kurzarbeiterregelung ebenso wie für zum Teil immer noch laufenden Konjunkturpakete.

In dieser guten Lage muss es nun auch möglich sein, angesichts der fast 1.400 neu gemeldeten freien Stellen im Juni, fast 500 mehr als vor einem Jahr, insbesondere die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erfolgreich zu verstärken.



Vertreter aus der Region bei der 14. Bundesversammlung am 30.06.2010 in Berlin:
v.l.n.r.: Andreas Schockenhoff MdB, Elisabeth Jeggle MdEP, Paul Locherer MdL, Waltraud Allgäuer, Josef Rief MdB

Unerwarteter Geldsegen

Über einen unerwarteten Geldsegen können sich die Städte Ravensburg, Wangen und Isny freuen. Alle drei erhalten ihre Mittel für laufende städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen aufgestockt. Zusammen sind das über 700.000 Euro.

Mit dem höchsten Betrag im Wahlkreis Ravensburg darf Isny rechnen, dessen Sanierungsarbeiten in der Südlichen Altstadt um rund 360.000 Euro aufgestockt werden. 233.000 Euro zusätzlich erhält die Stadt Ravensburg für das Sanierungsgebiet Östliche Vorstadt. Und die Stadt Wangen kann mit rund 100.000 Euro mehr rechnen. „Eine frohe Botschaft und ein sehr willkommener Geldsegen trotz drohender Sparpakete“, freute sich Wangens Oberbürgermeister Lang, der, wie seine Kollegen in Ravensburg und Isny, am Mittwoch gleich telefonisch über die frohe Kunde aus Berlin unterrichtet wurde. Die Stadt Wangen will mit dem Geld prüfen, wie das ehemalige Verwaltungsgebäude der Käserei Adler für Gemeinschaftszwecke künftig genutzt werden kann. Seit Jahren wird das von der Stadt erworbene Gelände von rund 17.000 Quadratmetern der ehemaligen Käserei saniert und städtebaulich erschlossen. Nach den guten Arbeitsmarktzahlen in dieser Woche ist dies die zweite gute Nachricht für Ravensburg, Wangen und Isny. Trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen gibt das den Kommunen für die wichtige Entwicklung ihrer Innenstädte Sicherheit und neuen Auftrieb. Ich würde mir wünschen, dass sich das auch auf unseren heimischen Arbeitsmarkt niederschlägt. Wo entwickelt, saniert und gebaut wird, da stehen die Zukunftszeichen gut.

Wahlkreis-Terminvorschau

05.07.-09.07.2010

Sitzungswoche in Berlin

10.07.2010, 10.00 Uhr

CDU Baden-Württemberg Regionalkonferenz

Biberach-Ringschnait

10.07.2010, 18.30 Uhr

Übergabe des Eschacher Bürgerbusses

Torplatz Weissenau

12.07.2010, 9.00 Uhr

Zunftfeier Isnyer Kinder- und Heimatfest

Isny

18.07.2010, 17.00 Uhr

Kreisausschusssitzung Junge Union

Horgenzell

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg

Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030/ 227-73174

Fax 030/ 227-76955

Email: andreas.schockenhoff@bundestag.de

www.schockenhoff.de